

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshausmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bringerlohn. — Die Einzelnummer kostet 20 Wfg. — Telefon Sammelnummer 72206 — **Volkshilfskonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Berlin in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 72206

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonellsche 35 Wfg., bei Plaboorchrift 40 Wfg. Stellenangebote 10gepalt. Kolonellsche 25 Wfg. Familiennachrichten von Verwandten die 10gepalt. Kolonellsche mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10gepalt. Kolonellsche 40 Wfg., bei Plaboorchrift. 50 Wfg., Reklameseite 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Rüstungen der Republikfeinde

Militärische Betätigung des Stahlhelms. Wozu die „notleidenden“ Landbündler Geld haben.

Vor einigen Tagen wurde durch die Presse ein Schreiben der Kreisgruppe Stolz des Pommerischen Landbundes veröffentlicht, worin den landwirtschaftlichen Unternehmern mitgeteilt wurde, daß sie für den Landbund und die Deutschnationale Volkspartei recht erhebliche Geldbeiträge abzuführen haben. Da in dem bekanntgewordenen besonderen Falle der Beitrag für einen einzigen Unternehmer 1068 Mk. für das Jahr beträgt, so ist dieses Schreiben bereits ein deutlicher Beweis dafür, daß die im Landbund organisierten landwirtschaftlichen Unternehmer trotz ihrer kleineren erwerbenden Kräfte über ihre angeblich so schlimme Notlage zu beträchtlichen Zahlungen für verhältnismäßig nebensächliche Dinge imstande sind. Daß der Pommerische Landbund, der sich immer als genauer Kenner landwirtschaftlicher Betriebsverhältnisse ausgibt, die Betriebsinhaber noch zu weiteren Zahlungen fähig hält, zeigt ein Rundschreiben, das erst vor einigen Tagen, und zwar am 12. Mai 1926, verbreitet wurde. Das Rundschreiben lautet:

Pommerischer Landbund
Kreisgruppe Stolz
Tgb.-Nr. 243/IV. Leipzig, den 12. Mai 1926.

An die Herren Mitglieder der Arbeitgebergruppe!
Die Leitung des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, Kreisgruppe Stolz, ist an uns mit der Bitte herangetreten, in den Kreisen unserer Mitglieder durch eine Geldsammlung die Bestrebungen des Stahlhelms zu unterstützen. Die Bewegung, die gerade in allererster Zeit, im Kreise Stolz einen ganz erheblichen Aufschwung genommen hat, kann aus Mangel an Mitteln nicht in dem Maße weitergetrieben werden, wie es im Interesse der guten Sache notwendig erscheint. Die Bildung von Ortsgruppen auch in den kleinsten Ortschaften des Landkreises scheitert an diesem Umstand. Die jetzt in Aussicht genommene Aufnahme der sportlichen und militärischen Betätigung der Mitglieder des Stahlhelms erfordert sehr erhebliche Mittel, die allein von den Beiträgen nicht anzubringen sind. Erschwerend hierbei tritt noch der Umstand in Erscheinung, daß ein großer Teil der Mitglieder des Stahlhelms sich gerade aus dem finanziell leistungsschwachen Teil der Bevölkerung zusammensetzt. Um die Bewegung in einem dem Wiederaufbau des Vaterlands dienenden Sinne weiterführen zu können, ist aber eine finanzielle Grundlage Voraussetzung.

Wir bitten daher unsere Mitglieder, sich erneut für den Gedanken der Wehrhaftmachung unseres Volkes durch Ueberweisung eines angemessenen Betrags betätigen zu wollen. Die Beiträge bitten wir an den Stahlhelm zu Händen des Herrn Willy Marschke in Stolz, Bahnhofstr. 16, zu überweisen. Die erfolgte Ueberweisung bitten wir, uns auf der anliegenden Postkarte mitteilen zu wollen.

Das Schreiben ist zunächst äußerst lehrreich, als dadurch wieder einmal die ständig wiederholte Verdringung des Stahlhelms, er besaße sich nicht mit militärischen Dingen, Lügen gestützt wird. Das Schriftstück zeigt deutlich, was von derartigen Betreibungen zu halten ist. Die Schornerei des Stahlhelms bei den Landbündlern wird betrieben unter dem ausdrücklichen Hinweis auf die militärische Betätigung des Stahlhelms. Der Stahlhelm weiß also gut, daß der Landbund der Geldgeber der schwarzen Reichswehr war und daß sich die Junker am ehesten zu finanziellen Opfern bereitfinden, wenn es sich um die militärische Vorbereitung eines Putzsches dreht. Weiter ist das Schreiben aber auch ein

neuer Beweis dafür, daß die „notleidenden“ Agrarier, die sich nach Möglichkeit von allen Steuerzahlungen zu drücken suchen, sehr wohl in der Lage sind, bedeutende Geldmittel aufzubringen, wenn es gilt, die Rüstungen der nationalistischen und monarchistischen Feinde der Republik zu stärken.

Der „Wehrsport“ des Hindenburg-Verbandes.

Der Sozialdemokratische Pressedienst berichtet:
Ein „Hindenburg-Verband“, eine dem „Tannenbunde“ angegliederte Organisation, ist vor einigen Monaten — um einem dringenden Bedarf abzuhelfen — ins Leben gerufen worden. Sie wird jetzt mit einer „Führeranweisung“ ausgestattet, die soeben in der Stephansstift-Druckerei in Hannover ausgedruckt und uns übermittlelt worden ist. Nach dieser „Führeranweisung“ haben wir es hier mit einem unter dem Deckmantel des Reichspräsidenten der Republik

rein militärisch ausgezogenen völkischen Kampfbund zu tun. Der „Verband“ gliedert sich in a) Aktive, b) Reservisten, c) Landsturm, d) Jung-Hindenburgler. Die „körperliche Erziehung“ erstreckt sich auf folgende Gebiete: a) Wehrsport, b) Schießen mit Kleinkalibern, c) Gesandheitsübungen mit Marschliedern. Die „Inspektions- und Befehlshaber“ werden von der Leitung „ernannt“. Ortsgruppenführer von den Bezirksführern. Es sind im Verband „die in der Klemme bzw. Schutzpolizei erworbenen Dienstgrade“ maßgebend. „Als „Verbandsanzug“ gilt die selbstgegraue Einheitsmütze, ein selbstgegrauer Rock, Windjacket, Stiefelhosen, Wästelgamaschen, Koppel mit Schmalze u. a. m.

Ganz besonders wird sich der Reichspräsident über die „Fahne“ des Hindenburgverbandes freuen; sie trägt nämlich in einem schwarzweissen Fahnenband ein schwarzes Hakenkreuz in weißem Feld. Die Bestimmungen über den „Eintritt in das Reichsohnen“ werden im Anhang der „Führeranweisung“ bekanntgegeben. Unter dem Kapitel „körperliche Erziehung“ wird das ganze ehemalige Exerzierreglement und die ehemalige Turnvorschrift samt Sprunggestell, Stützstufen, Wundungen und der Sprossenwand behandelt. Für jeden „Jung-Hindenburgler“ wird weiterhin zum Schießen mit dem Kleinkalibergewehr ein „Schießbuch“ angelegt.

Es kann demnach keinem Zweifel unterliegen, daß der Hindenburgverband eine militärisch ausgezogene Kampforganisation der völkischen Republikfeinde darstellt. Es drängt sich deshalb die Frage auf: Wie stellt sich der Reichspräsident, der dem Hindenburgverband doch wohl die Genehmigung zur Führung seines Namens gegeben haben muß, zu diesem „Wehrsport“, der hier unter seinem Namen betrieben wird? Jedenfalls muß von den zuständigen Reichs- und Landesbehörden verlangt werden, daß sie sich diesen militärisch organisierten Hakenkreuzverband recht genau ansehen und sofort mit aller Schärfe gegen ihn einschreiten.

Der Strick wird angezogen. Neue Methoden der Faschisten.

Rom, im Mai 1926.

Aller Anfang ist schwer. In den ersten Monaten nach der Besitzergreifung hielten der Regierungssaktion des Faschismus noch gewisse Rücksichten an. Man genierte sich. Man wollte es womöglich vermeiden, im In- und Ausland den Eindruck hervorzuheben, als stürzten sich die Sieger wie hungrige Wölfe auf die Ressourcen des Landes. Heute hat man derartige „Schwächen“ längst abgeschüttelt; man zeigt sich dreist als das, was man ist und nennt dieses Juristhaushalten der eignen Gemeinheit „faschistischen Stil“.

Am 10. Mai ist ein neues Dekret in Kraft getreten, das die Ausübung des Rechtsanwaltsberufs den Faschisten und ihren Freunden vorbehält. Das Dekret besagt: „In das Verzeichnis der Rechtsanwälte können diejenigen nicht eingetragen werden, die eine öffentliche Tätigkeit im Widerspruch mit den Interessen der Nation entfaltet haben; sind sie bereits eingetragen, so müssen sie gestrichen werden.“ Bekanntlich gilt die Gleichung: national-faschistisch. Wer gegen die Faschisten ist, ist antinational. Es bleiben also nur die Faschisten. Gewiß sind allerhand Appellinstanzen vorgegeben, aber an diese Dinge glauben wir in Italien nicht mehr. Um die Sache schnell und glatt zu befehlen, wird die Auflösung aller beruflichen Vertretungen der Rechtsanwälte, der Rechtsanwaltskammern, verfügt; an die Stelle der von ihnen gewählten Ausschüsse tritt ein vom Minister ernanntes Kollegium, das die neuen Berufsverzeichnisse aufstellt. Das Einspruchsrecht gegen die Aufnahme in dies Verzeichnis stand bisher dem Staatsanwalt zu. Aber die faschistische Regierung sieht die Möglichkeit vor, daß es rechtschaffene Staatsanwälte gäbe und überträgt auf alle Fälle das Einspruchsrecht der gefällig anerkannten Organisation der Rechtsanwälte. Diese gefällig anerkannte Organisation ist das faschistische Syndikat.

Man verfährt hier nach denselben Prinzipien, die man für die Beilegung der gegnerischen Presse angewendet hat. In jedem Ort weiß der Präsekt ganz genau, wie viel Nummern der faschistischen Blätter mehr verkauft werden, wenn man z. B. den „Avanti“, die „Unità“, das „Lavoro“ beiflagelagt. Die Interessenten der faschistischen Blätter, die Konturrenten, Iahmzulagen, sind heute ein ebenso ausschlaggebender Grund als die Notwendigkeit, jede Kritik zu verhindern. Der „antinationale“ Rechtsanwalt kann der Ausstülpung aus dem Berufsverzeichnis nur so sicherer sein, je mehr Klienten er hat. Man will nicht nur dem „Antinationalen“ das Brot nehmen, man will es vor allem sich selbst zu Gemüte führen. Früher verschleierte man derartige Motive, heute gibt man sie offen zu. Faschistischer Stil...

Bekanntlich lebt aber der Mensch nicht von Brot allein. Auch eine Wohnung ist nötig, und sie ist im heutigen Italien fast noch schwerer zu beschaffen, als das Brot. Da hat nun der Faschismus einen „stilvollen“ Ausweg gefunden. Was brauchen die Antifaschisten Wohnungen? Und wenn man schon nicht verhindern kann, daß ihnen Privatleute für schweres Geld welche vermieten, so wird man es doch wenigstens fertig bringen, sie aus den Häusern zu vertreiben, zu deren Bau der Staat Subventionen gegeben hat, also aus den Arbeiter- und Beamtenwohnungen, die von Kooperativen mit Staatsunterstützung gebaut worden sind. Es steht daher, wie von offiziöser Seite bekanntgegeben wird, ein Gesetz bevor, das die Verwaltungsämter dieser Institute auflöst und unter einen Regierungskommissar stellt, der die Aufgabe hat, alle Mietverträge zu kündigen, die mit Gegnern des Regimes abgeschlossen wurden.

Man vergegenwärtige sich all die sympathischen Seiten dieser faschistischen Wohnungsfürsorge! Wer eine Wohnung braucht, wird wie ein Luchs hinter seinem Nachbar her sein, um ihm irgend etwas „Antinationalen“ nachzujagen zu können. Durch dieses neue Dekret ist das Wohnungsproblem für die Faschisten in genialer Weise gelöst. Vorzüglich ist auch der Gedanke, daß alles, was aus Staatsmitteln stammt, faschistisches Parteieigentum ist. Dieser Gedanke verleiht einen weitem Ausbau. Wie wär's, wenn man einen Teil der Galerien und Kunstschätze, die öffentliches Eigentum sind, zugunsten der Mitglieder der faschistischen Partei verkaufte?

Denn die Sorge, daß es nicht für alle langt, lastet schwer auf den „Hierarchen“ des Regimes. Daher wird, wie von offiziöser Seite verlautet, demnächst eine auf das innere Parteileben bezügliche Regel aufgestellt werden, nach der die beghelichten öffentlichen Ämter von einem auf den andern Faschisten, in bestimmten Zeitabständen übergehen sollen, damit nicht einer sich immer derselben Einnahme erfreut, während der andere hungrig zuseht. Wer jetzt Minister oder Unterstaatssekretär, oder Präsekt oder Militärminister oder Bantdirektor wird, der sage sich gleich zu anfang: kurz ist der Frühling. Kaffe zusammen, was du kannst; vor der Tür steht schon dein Nachfolger mit raffgierigen Armen! Man kann die Vorteile dieses Schichtwechsels für die Moralisierung des öffentlichen Lebens kaum ermessen. Ein jeder kommt an die Reihe, wie in den seligen Zeiten der Brotkarte; aber jeder sehe zu, daß er sich etwas mitnehme, das fürs Leben vorhält...

Man denke nicht, daß ein Regime, das sich in so rührender Weise der Seinen annimmt und so großmütig den Staat als Lortz aufteilt, sich nicht auch um andre Dinge bekümmere. Es ist für alles geforgt. Am 6. d. M. sollte in Mailand die

Zentrum und Volksentscheid.

Die Demokratische Partei hat, wie bekannt, ihren Wählern die Entscheidung bei der Abstimmung über das Entleerungsgesetz freigegeben. Aus allen Gauen kommen Entschiedenungen demokratischer Organisationen, die sich für die aktive Teilnahme am Volksentscheid erklären. Selbst die Frankfurter Zeitung, der man eben wegen ihrer liberalen Färbung nicht nachsagen kann, daß sie in der Front der Eigentumsfeinde marschiert, kann sich dem Gedanken nicht entziehen, daß der Kampf gegen die Fürstentümer durchaus berechtigt sei, um so mehr, als eine Lösung dieser Frage im Reichstags nicht gefunden werden konnte.

Wichtiger aber sind die Stimmen aus den Kreisen der Zentrumspartei, die sich, wie bekannt, offiziell gegen die Beteiligung ausgesprochen hat. Schon während des Volksbegehrens haben viele Kreise der Zentrumswähler die Fahnen ihrer Partei verlassen und sind gemeinsam mit den übrigen 12 Millionen gegen die Fürsten marschiert. Jetzt mehren sich die Stimmen, auch am Volksentscheid aktiv mitzuwirken, um so dem Volke die 2½ Milliarden Pflastergeld zu erhalten. In der Rheinischen Volkszeitung schreibt der Reichstagsabgeordnete der Zentrumspartei Prof. Dr. Dersaue:

„Betrachte ich das Schicksal des deutschen Proletariats, des deutschen Mittelstands, der Kriegsoffer, schaue ich mir an, was in den Kreisläusen vor sich geht und in den Großstädten, denke ich daran, welche schwarze Blut von Qual, Verlassenheit und Verdringung durch die Verlängerung dieses Krieges, durch Unwahrscheinlichkeit und Selbstsucht über das deutsche Volk gekommen ist — so verführe ich für meine Person die Ansicht vieler, daß von den beiden Freveln, zwischen denen wir zu wählen haben, die Entleerung der Fürsten der kleinere ist.“

In gleichem Sinne äußert sich die Rheinische Volkszeitung, das offizielle Kölner Zentrumorgan. Es schreibt: „Wir geben der Meinung Ausdruck, daß die Fassung der Zentrumsentleerung nicht verlangen, daß der Zentrumswähler der Abstimmungsurne fernzubleiben hat. Er verlangt, daß nur In-Sager

zur Meie gehen, er verlangt die Öffentlichkeit der Entscheidung. Zu den Freiheiten des Staatsbürgers muß ein für allemal die ungeschmälerte Möglichkeit gehören, bei jeder Wahl und jedem Volksentscheid unkontrolliert von Dritten seine Entscheidung fällen zu können. Das gehört zu den wichtigsten Grundlagen der demokratischen Idee.“

Die schaffenden Kreise des Leipziger Bezirks werden nicht hinter dem Professor Dersaue zurückbleiben wollen. Auf, an die Arbeit!

Die Befetzung des Oberreichsanwaltschaftens.

Eine nebensächliche Angelegenheit!
Das Reichskabinett hat, wie der Soz. Pressedienst mitteilt, tatsächlich den Ministerialrat Werner zum Nachfolger für den am 1. Juli aus dem Amt scheidenden Oberreichsanwalt Ebermeyer bestimmt. Es hat, wie verlautet, die Regelung der Nachfolge Ebermeyers in Form einer sogenannten „Kabinettsbeschlusse“ erledigt, d. h. man sprach über die Ernennung Werners, und da über die Pflichten von keinem Kabinettsmitglied Widerspruch angemeldet wurde, ist die Ernennung Werners beschlossene Sache.

Eine reizende Art, eine wichtige Frage der Republik — und das ist doch wohl die Ernennung eines Mannes, der nicht nur Hüter der Gerechtigkeit, sondern auch Anwalt der republikanischen Staatsform sein soll — als Bagatelie zu erledigen!

Militärrevolte in Portugal.

Ll. London, 28. Mai.
Nach Meldungen aus Portugal haben sich zwei Divisionen gegen die Regierung erhoben und den Vormarsch gegen Lissabon angetrieben. Die Verbindung zwischen der Hauptstadt und dem Landesinnern ist unterbrochen. Der Führer der aufständischen Truppen zögerte eine Proklamation an die Bevölkerung. Die Regierung hofft, die Bewegung unterdrücken zu können.